

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.- Mk. ... Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 ... Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelszeile ...

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Fiertage. - Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die amerikanische Präsidentenwahl. Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Korrespondent des Berliner Tageblattes meldet aus dem Haag über die amerikanische Präsidentenwahl: Harding hat neunmal mehr Stimmen im Wahlmänner-Kollegium erobert, als er für seine Majorität notwendig hätte. Es heißt, seine Mehrheit betrage 100 000 Stimmen. Damit hat er ein Ergebnis erzielt, wie es in den Vereinigten Staaten noch nie erlebt worden ist. Der Staat Ohio, in dem sowohl Cox wie Harding anlässlich waren, und der 1916 für Wilson stimmte, hat jetzt ungefähr eine Mehrheit von 100 000 Stimmen für Harding gestellt.

solche Abgeordnete, die gegen die Wiederberufung König Karls nichts einzuwenden hätten, wenn seine Wiederkehr an die Bedingung geknüpft wird, daß er vorher seine ertlich auf jeden anderen Thron verzichtet. Als Grundlage für die Aktion des Abgeordneten Kovacs dient die Forderung des Grafen Stefan Bethlen, der zur Förderung machte, für den Fall, daß der König auf die österreichische Kaiserkrone nicht verzichtet, daß die freie Königswahl wieder zu Recht bestünde.

Pulschvorbereitungen in Magdeburg. Magdeburg, 4. November. Die Magdeburger Volkstimme teilt mit, daß ihr im Laufe des gestrigen Vormittags von verschiedenen Seiten Nachrichten zugegangen sind, die darauf hinweisen, daß von reaktionärer Seite Ende dieser Woche ein Aufstand in Szene gesetzt werden soll. Sie veröffentlicht dazu auszugswweise ein Schreiben der Technischen Rottfille an die pensionierten Lokomotivführer, Zugführer und andre Eisenbahnbeamte, die aufgefordert werden, sich der Technischen Rottfille zur Verfügung zu stellen, um den Eisenbahnverkehr aufrechtzuerhalten.

Die Ablieferung der Milchkühe. London, 4. November. Im Unterhause behandelte gestern ein Vertreter der Regierung offiziell, daß die Auffüllung der Wiedergutmachungskommission über die Nachforderung von Milchvieh keineswegs einen Befehl zur Ablieferung bedeute, sondern lediglich eine Verlobnung gemäß dem hier in Frage kommenden Annexionsparagrafen 2 und eine Ankündigung, wann die Tiere abgeliefert werden können. Jedemfalls müßten bei der enghelligen Entscheidung auch die Bedürfnisse des sozialen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland berücksichtigt werden.

Vom Kampf um die weltliche Schule. Die Kölnische Zeitung meldet aus Gelsenkirchen: Vor dem Beginn der Stadtverordnetenversammlung, auf deren Tagesordnung als Hauptgegenstand die Einrichtung der weltlichen Schule stand, veranfaßten die Anhänger der weltlichen Schule Kundgebungen vor dem Rathaus. Im Sitzungssaale kam es zu aufregenden Auseinandersetzungen zwischen der Linken und der Deutschen Volkspartei. Nach vierstündiger Erörterung wurden die Anträge der Linken auf sofortige Einführung der irzelen Schule mit 33 gegen 22 Stimmen abgelehnt.

Abiehnung des Einigungsabkommens durch die englischen Bergarbeiter. London, 4. November. (T. U.) Bei der Abstimmung hat die Mehrheit der englischen Bergarbeiter gegen die Annahme des mit der Regierung getroffenen Abkommens gestimmt. Da jedoch die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht im entfernten erreicht ist, hat die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter beschlossen, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Gegen die Zurückhaltung deutscher Güterwagen in Polen. Opatow, 3. November. Von der Interalliierten Kommission sind bei der Warschauer Regierung dringende Vorstellungen auf sofortige Rücklieferung der deutschen Güterwagen aus Oberschlesien erhoben worden, die Polen in Verbindung mit den Kohlen- und anderen Transporten erhalten hätte, aber bisher für eigene und sogar für militärische Zwecke benutzte. Die Interalliierte Kommission verließ diesen Vorstellungen dadurch Nachdruck, daß sie im Weigerungsfall die Einstellung der Kohlenlieferungen in Aussicht stellte. Die jetzige zeitweilige Einstellung des Personverkehrs in Polen wird in Zusammenhang gebracht mit der Freimachung von Maschinen für den Rücktransport der deutschen Güterwagen.

Von den italienischen Gemeinderatswahlen. Mailand, 3. November. (T. U.) In einigen bedeutenden Städten Italiens fanden gestern die Gemeinderatswahlen statt. In Como erlangten die Sozialisten den Sieg. Auch der Provinzialrat der Provinz Como besteht in der Mehrheit aus Sozialisten. Wie aus Bologna berichtet wird, tragen auch dort die Sozialisten einen glänzenden Sieg davon. Die Anhänger der Sozialisten soll aber seit den letzten Wahlen abgenommen haben.

Polizeiliche Besetzung Berliner Hotels. Berlin, 4. November. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind gestern die Betriebe der Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft von Polizei besetzt worden; das Hotel Bristol, das Zentralhotel, Hotel und Café Bauer, Konditorei und Restaurant Kranzler und die Betriebe im Zoologischen Garten wurden für jeden Verkehr gesperrt; auch der telephonische Verkehr wurde unterbunden. Die Besetzung erfolgte wegen des Verdachts eines umfangreichen Schmclshandels des Hotelunternehmens. Im Edenhofel, das ebenfalls von der Polizei geschlossen worden ist, hat eine Prüfung der Bücher festgestelt, daß in den letzten fünf Monaten 1 1/2 Millionen Mark im Schmclshandel umgeföhrt worden sind.

Arbeitsdienstpflicht. Während des Krieges hat ein hoher österreichischer Offizier, der Feldmarschall-Leutnant Kieger, einmal einen Plan ausgearbeitet, wie nach dem Kriege aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen der Militarismus umgestaltet werden müsse. Kiegers Plan lief darauf hinaus, den Militarismus auch nach der wirtschaftlichen Seite hin auszubauen. Die zum Militärdienst eingezogenen jungen Leute sollen nicht mehr nur einseitig für den eigentlichen Kriegsdienst ausgebildet werden. Vielmehr wollte Kieger die Soldaten zugleich ihrem erlernten Beruf entsprechend zu Arbeiten zur Deckung der Heeresbedürfnisse und zugleich zu allerhand öffentlichen Arbeiten heranziehen. Kieger wollte damit, wie er sagte, die Wehrmacht zur „ausdauernd und produktivsten Kraft des Vaterlandes“ machen. Daneben aber sollte das reformierte Heer auch weiter zu einer großen Drillanstalt zur Erziehung in hurrapatriotischem und nationalem Sinne weiter entwickelt werden.

Nach dem Kriege sind die Kiegerischen Gedanken mit der durch die veränderten Verhältnisse bedingten Modifikation wieder angenommen worden. Dem Militarismus sind ja durch die Friedensverträge Klauen und Flügel beschritten worden. In einem Ausbau des Heeres nach dem Kiegerschen Plan kann deshalb heute nicht mehr gedacht werden. Man plant aber schon lange eine allgemeine Dienstpflicht zur wirtschaftlichen Ausbeutung und zur Erziehung der Jugend in nationalitäsem Sinne. Der Gedanke des allgemeinen Arbeitsdienstjahres ist schon oft erörtert worden, und es scheint, daß man jetzt daran gehen will, den Plan zu verwirklichen. In seiner letzten Rede im Reichstag hat der Reichsfinanzminister Dr. Wirth bereits ziemlich bestimmt erklärt: „Ein allgemeines Dienstjahr wird infolge des Diktates in Versailles auf die Dauer nicht umgangen werden können.“ Fröhlich hatte der Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz die gleiche Frage erörtert.

Beranlaßt durch die Wirthsche Rede hat ein Vertreter der Nationalseitung nähere Erundigungen über die Bemerkung des Ministers eingezogen und er teilt mit, daß ein Gesetzentwurf über die Einführung der Arbeitsdienstpflicht bereits in Arbeit ist. Die Dienstpflicht sucht man dadurch für den Gedanken des Arbeitsdienstjahres zu gewinnen, daß man — nach dem bekannten Rezept: Nur Arbeit kann uns retten! — die Notwendigkeit vermehrter Arbeitsleistung betont. Das ist aber eine Täuschung, denn tatsächlich wird durch ein solches Gesetz, wie der demokratische Abgeordnete Gotheim richtig sagt, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeitskraft der Bevölkerung neu erschafft. In Wirklichkeit verfolgt man auch mit dem Dienstpflichtgesetz einen andern Zweck. Es soll die sozialistisch und kommunistisch verlesuchte Proletariatsjugend wieder nach dem alten System militärisch gedrillt, zur Disziplin erzogen und zu willfährigen Ausbeutungsobjekten zurechtgeknetet werden.

Den in Arbeit befindlichen Entwurf sollen nach der Darstellung des Berliner Blattes die Gedanken zugrunde liegen, die der demokratische Abgeordnete Schücking bereits früher einmal in einer Denkschrift niedergelegt hat. Nach den Andeutungen der Nationalseitung sollen bei der Ausarbeitung des Gesetzes hauptsächlich zwei Momente berücksichtigt werden. Zunächst das erzieherische Moment. Es wird gesagt, früher habe die Jugend ein, zwei oder drei Jahre Militärdienst dem Staat gewidmet. Nun solle diese Zeit durch das Arbeitsdienstjahr ersetzt werden. So bestche auch die Hoffnung, daß jene Schule der Disziplin, die in dem Militärdienstjahr enthalten war, durch das Arbeitsdienstjahr aufrechterhalten werde. Andererseits sollten die dadurch gewonnenen Arbeitskräfte für Arbeiten ausgenutzt werden, die nicht dem kapitalistischen Interesse, sondern der Allgemeinheit dienen. Proj. ffor Schücking habe vor allem an eine Ansnutzung der männlichen Arbeitskräfte zu einer Ruhbarmachung der Moore sowie für andre landwirtschaftliche Erdarbeiten und zu einer Wertung der weiblichen Arbeitskräfte im Dienste der Krankenpflege und anderer hygienischer und sozialer Einrichtungen gedacht.

Wie die Nationalseitung bemerkt, findet das Arbeitsdienstjahr innerhalb und außerhalb des Parlaments eifrige Befürworter. Wenn auch im Reichstag ein beträchtlicher Widerstand zu finden sei. Das Blatt gibt eine Reihe von Äußerungen führender Parlamentarier zu dieser Frage wieder. Daraus geht hervor, daß der Gedanke des Arbeitsdienstjahres in den Kreisen der rechtsstehenden Parteien große Sympathien findet. In der Deutschen Volkspartei schätzt man besonders den erzieherischen Wert der Arbeitsdienstpflicht hoch ein, indem man eine Stärkung der Disziplin der Arbeiterschaft erwartet. Hauptächlich die Vertreter der Industrie treten warm für den Plan ein. Der Abgeordnete Pfeiffer vom Zentrum meint, die Idee des Arbeitsdienstjahres sei eine sehr vernünftige, die aus dem Volksempfinden hervorgegangen sei. Sie werde dazu dienen, der

Ukrainische Kommunisten gegen die Politik der russischen Kommunisten. Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Freiheit meldet aus Wien: Die ausländische Gruppe der ukrainischen Kommunisten nahm in ihrer letzten Sitzung nach längerer Diskussion über den Bericht des aus der Sowjet-Ukraine zurückgekehrten Genossen Winnitschenko eine Resolution an, in der es unter anderm heißt, daß die ukrainischen Kommunisten auch fürdrbin auf der Plattform der Diktatur des Proletariats in der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, sowie auf der Plattform der Reorganisation der Gesellschaft stehen. Die ausländische Gruppe betrachtet aber die gegenwärtige Politik der Sowjet-Republik und der russischen kommunistischen Partei als unvereinbar und gegensätzlich mit den Grundprinzipien des Kommunismus. Ihre Politik ist keine Politik der Diktatur des Proletariats, sondern eine Politik der Diktatur der Klasse von Kommisaren und Bürokraten, die sich ausschließlich auf die Macht der Bajonette stützt. Es ist eine Politik, die die Idee des Sozialismus unter den arbeitenden Massen des Volkes zu diskreditieren und zu vernichten geeignet ist. Das Rätesystem existiert im Grunde nicht. Es ist vernichtet und an seiner Stelle herrscht die Despotie von Kommisaren und Bürokraten. Diese Politik ergibt in der Ukraine ein Verhältnis, das den Stempel einer tatsächlichen Okkupation trägt, gegen die die ukrainische kommunistische Partei protestiert.

Für den Frieden im Olen. Paris, 3. November. Der Allgemeine Arbeiterverband (G.A.), die sozialistische Partei und die Liga für Menschenrechte haben sich zu einer Propaganda zugunsten der Einstellung der Feindseligkeiten gegen Rußland und zur Wiederherstellung des Friedens im Orient vereinigt. Je drei Delegierte der genannten Organisationen haben nechern die Beratungen darüber begonnen, in welcher Weise sie vorzugehen gedenken.

Die Königsmacher in Ungarn. Berlin, 4. November. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Wien wird gemeldet: Die vom Abgeordneten Stefan Kovacs in der ungarischen Nationalversammlung unternommene Aktion zur Feststellung des Kräfteverhältnisses in der Königswahlfrage hat bereits ein konkretes Ergebnis geliefert. Aus dem einen Schriftstücke, mit dem Kovacs Unterschriften der Abgeordneten für die freie Königswahl sammelte, geht hervor, daß mehr als 1/3 der Mitglieder der Nationalversammlung für die freie Königswahl sind. 52 Mitglieder der Nationalversammlung sind als Anhänger des Cz-Königs Karl befaßt. Unter den Anhängern der freien Königswahl befinden sich auch